

Volkstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Erscheinungstage täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaft“
jeden Werktag nachmittags.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87578.

Nr. 122 Halle, Donnerstag, den 27. Mai 1920 4. Jahrgang

Wähler! Wählerinnen! Parteigenossen!

Am 6. Juni tritt der erste Reichstag der deutschen Republik an die Stelle der verfassunggebenden Nationalversammlung. Von seiner Zusammenkunft hängt die Zukunft der deutschen Politik, die Sicherung der Republik, die Förderung des sozialen Aufstiegs der breiten Volksmassen ab.

Als die Nationalversammlung in Weimar zusammentrat, blühte unter Land aus unzähligen Feinden. Von inneren Stürmen geschüttelt, von äußeren Feinden bedrückt, schien es fast, als sei es dem sicheren Untergang geweiht, den ihn deutsch-nationale Propaganden für den Fall der militärischen Niederlage schon seit Jahren beweihegt hatten.

Diesen Untergang zu verhindern, aus dem Trümmernhaufen des Weltkrieges eine neue Ordnung zu gründen, das war die schwer lösbare Aufgabe, vor die sich die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung gestellt sah. Erst der Anfang dazu ist gemacht, die vollständige Hebung der Kriegsfolgen wird sich noch Jahre hinziehen.

Die Sozialdemokratie hat dem Waffenstillstand und dem Frieden trotz aller Härten die Zustimmung gegeben, um unser Land vor neuen Kriegsgreueln, unser Volk vor neuen blutigen Opfern zu schützen.

Die Sozialdemokratie hat ihren Einfluss aufgeben, um der deutschen Republik eine freiheitliche Verfassung zu geben, die alle Staatsgewalt in die Hände des Volkes legt.

Die Sozialdemokratie hat die Rechte der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben erweitert, ihnen die Möglichkeit des Einflusses in die Produktion ge-

geben; sie wird die Rechte der Wirtschaftsräte für Bezirke und das Reich zu erweitern suchen.

Die Sozialdemokratie hat durch die Einführung der einheitlichen Grundschule für reich und arm den ersten Schritt zur Einheitschule für die Kinder des Landes getan.

Die Sozialdemokratie hat das alte unjohanneische Steuerrecht durch ein neues, den Reich und den Gemeinden kräftiger finanzierendes sozial abgestuftes Steuerrecht ersetzt.

Die Sozialdemokratie hat Achtundzwei und Erwerbslosenunterstützung gesetzlich verankert, die Versorgung der Kriegsgeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf eine gerechtere Grundlage gestellt und erheblich angebeßert.

Die Sozialdemokratie hat trotz der überausen Schwierigkeiten, die sich aus den Folgen des Krieges ergaben, mit der Sozialversicherungsgebarung für Kohle, Kali und elektrische Energie den Anfang gemacht; sie ist gewiß, diese Verträge weiter auszubauen und auf die dazu reifen Betriebe anderer Industrien auszuweiten.

Die Sozialdemokratie hat die Vorarbeiten für eine umfangreiche Siedlungstätigkeit in Staat und Land getroffen und wird trotz allen Widerstandes des Großgrundbesitzes und der Bureaucratie fortführen.

Auf Schritt und Tritt gekemmt durch die großen tatsächlichen Schwierigkeiten, durch die Verarmung unseres Landes, die Zerstörung unserer Produktionskraft, durch den Mangel an Rohstoffen und Lebens-

mitteln und alle üblen Nachwirkungen des fünfjährigen Vernichtungskrieges, hat sie verjocht, wenigstens der Unterbau für eine Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes zu schaffen.

Der größte und schwerste Teil der Arbeit steht noch bevor. Ihn wird das Parlament leisten müssen, das aus den Wahlen des 6. Juni hervorgeht.

Wähler! Wählerinnen! Parteigenossen! In diesem Tage entscheidet es sich, ob es vorwärtsgehen soll im Geiste des Sozialismus und der Demokratie, oder rückwärts im Sinne des Militarismus, des Monarchismus und des Kapitalismus! Ob über unser Land abermals und dauernd gebieten sollen die Junker und ihr Hof, das Großkapital und seine Verbündeten, oder ob auch auf wirtschaftlichem Gebiet alle Gewalt vom schaffenden Volk ausgehen soll, von den Arbeitern des Kopfes und der Hand!

Nur ein Reichstag, in dem die Sozialdemokratische Partei die ausschlaggebende Macht ausübt, kann die Entmilitarisierung des Reiches, die Demokratisierung der Gewaltverhältnisse, die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe energisch und ohne Rücksicht auf privatkapitalistische Interessen durchführen.

Deshalb auf zur Wahl für die Sozialdemokratie!

Die sozialdemokratische Fraktion der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Die einzige Rettung vor dem Zusammenbruch.

Ein erstes Wort an alle Wähler und Wählerinnen.

Von Max Sombold.

Von den bürgerlichen Parteien wird vor der Wahl wieder mal viel von dem drohenden Geheiß des völligen Zusammenbruchs erzählt. Die Lösung ist, den deutschen Wähler gaulig zu machen und die Folgen in die Hände der Reaktion zu treiben.

Deutschland wandelt nach dem militärischen Zusammenbruch und der Niederlage, verstimmt durch den Raubfünft der Alldeutschen und ihrer bürgerlichen Anhänger, andauernd am Rande des Abgrundes, und zu jeder Stunde droht uns die Gefahr des Absturzes, der völligen wirtschaftlichen Zerschmetterung. Mit zäher Kraft und starkem Mut hat das deutsche Volk an Wehrverformungen gearbeitet, hat Verbesserungen erkämpft und drängt vorwärts. Langsam und mühselig geht es; aber es geht, und weil ohne starken Glauben und frohe Hoffnung jeder Kampf unnötig wäre, so glaubt das deutsche Volk in seiner Gesamtheit trotzdem an die Überwindung aller Schwierigkeiten.

Wie ein Damoklesschwert hängt stets die Gefahr wirtschaftlicher Krisen über dem Haupte des deutschen Volkes. Ein an sich hoch erfreuliches Ereignis, das viele Steigen der deutschen Mark, hat neue wirtschaftliche Schwierigkeiten heraufbeschworen und den Zustand geschwächt, um dessenentwegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft das Geheiß des Zusammenbruchs an die Wand malt. Das Steigen der Mark müßte naturgemäß einen Fall der Preise im Gefolge haben, müßte einen Preisrückgang zeitigen, wenn nicht der sonst zuverlässige Preisregulator, das Nachfrage- und Angebotsverhältnis, durch die durch die allgemeine Warenknappheit bedingte Monopolstellung aller Waren ausgeglichen würde. Die Nachfrage für alle Bedarfsartikel ist wegen der zu hohen Preise geringer als das Angebot, die Ware bleibt liegen, die menschlichen Bedürfnisse bleiben unbeschränkt, die Warenmengen, die nicht im freien Verkehr den tatsächlich vorhandenen Warenungen freien können nicht abgesetzt werden, werden aufgeschleppt und mühen stehend auf die Produktionsstätten. Wir produzieren überall in der Welt nach rein kapitalistischen Grundsätzen, es wird nicht im geringsten nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit, sondern einzig und allein nach dem Profit einzeln getagt. Treten Absatzstörungen ein, so werden nach dieser „gottengedungen“ Gesellschaftsordnung nicht etwa die Preise herabgesetzt, wird nicht etwa den Hungertoten zu erlösenden Preisen gegeben, sondern die Produktion wird eingeschränkt, Arbeiter werden zu Tausenden auf die Straße gesetzt und die Ware wird durch die Produktionseinstellungen noch knapper; der unerwünscht hohe Preis wird gehalten, das Geld

mehr vermehrt, das Volk hungert, friert und verlumpt weiter. Und all das nur um des Profites willen, der keine Rücksicht auf der Menschlichen Wohl und Wehe nimmt.

Wir befinden uns in Deutschland augenblicklich in einer akuten Krise. Der drohende Preissturz aller Waren verhindert die Aufgabe neuer Aufträge an die Produzenten, veranlaßt die Zurücknahme aller Aufträge, Fabriken schließen ihren Betrieb ein, werden geschlossen, Arbeiter und Angestellte werden brotlos. So ist es in der Textilindustrie in der Lederindustrie usw. Manlos regiert das Einzelinteresse, wird die Gesamtwirtschaft labotiert und die Not des Volkes ins Endlose geteigert. Wie nach dieser Richtung von kapitalistischen Interessengruppen gearbeitet wird, soll nur ein Beispiel bemerken. Die Aufhebung der öffentlichen Lederbeschaffung tritt bekanntlich die Schuldpreise auf das Zwanzig- bis Dreißigfache der Preisbedeure, so daß es den minderbemittelten Bevölkerungsschichten überhaupt nicht mehr möglich war, auch nur den dringendsten Bedarf an Schuhwerk zu decken. Da trat jetzt infolge der Anhängung der Lederrovrate im Ausland ein wesentlicher Preissturz ein. Statt daß nun der deutsche Lederhandel alle Arbeit in Bewegung gesetzt hätte, diese günstige Konjunktur im Interesse des deutschen Volkes auszunutzen, ist das direkte Gegenteil zu beobachten. Die deutschen Lederfabrikanten stellen an die Regierung das Ersuchen, die Einfuhr von ausländischem Leder zu verbieten, um die deutsche Lederindustrie zu schützen. Und die deutschen Schuhfabrikanten beantragen, die Anstuf von Schuhwaren aus Deutschland nach dem Auslande zu gestatten, weil das zahlungslose, deutsche Publikum seinen Bedarf gedeckt hätte, während die minderbemittelten Kreise die heutigen Schuhpreise doch nicht zahlen könnten!!! Der deutsche Wirtschaftsrat hat allerdings diesen Forderungen nicht Rechnung geschlagen; er gestattete die unbeschränkte Einfuhr von Schuher und verbot die Anstuf von Schuhwerk.

Das ist nur ein Beispiel, das klar und deutlich zeigt, wie die Interessen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Interessen des Volksganges feindlich gegenüberstehen und darum vom ganzen Volke bekämpft werden müssen.

Das deutsche Volk ist arm geworden, so arm, daß es sich den Luxus der kapitalistischen Profitansstreitungen nicht mehr leisten kann. Es muß im Interesse des ganzen Volkes mit der ungelassen kapitalistischen Profitwirtschaft gebrochen werden. Nur dann kann uns der Zusammenbruch, das schreckliche Geld und erparat werden. Das sehen selbst einseitige Kräfte im kapitalistischen Lager ein. So sagte Walter Rathenau, der Direktor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, auf der Generalversammlung dieser Gesellschaft am 8. Mai in Berlin:

Wir stehen heute unter einer schwerindustriellen Diktatur. Ich persönlich glaube, daß eine Gesundung

unserer deutschen Wirtschaft erst dann in vollem Umfang möglich ist, wenn an Stelle einer ungelassen und ungezügelt Wirtschaft des privaten Monopols und des wilden Handels eine geordnete, organische, nach klaren Grundgedanken geleitete Wirtschaft geschaffen wird.

Und Georg Bernhard, der Chefredakteur der „Voss. Zig.“, schrieb dieser Tage in einem Artikel im „Plutus“ ähnliches und sagt am Schluß des Artikels: Die Furcht vor dem Sozialismus und die dadurch bedingte Propaganda der freien Wirtschaft bringt so das Chaos des Volksgewissens.

Sehr richtig sagt hier Bernhard, daß das Fortwurzeln nach den alten kapitalistischen Maximen und der freien ungezügelt, planlosen Wirtschaft den Zusammenbruch dieses Zusammenbruchs nicht und kann ihn verhindern, wenn es entlassen den einzig richtigen Ausweg aus der Not wählt und zur sozialistischen Wirtschaft, zur planmäßigen Gemeinwirtschaft übergeht.

Anfänge zur Gemeinwirtschaft sind schon gemacht worden, durchsetzen und weiterentwickeln konnten sie sich bisher darum nicht, weil stets und ständig die bürgerliche Mehrheit der Nationalversammlung dagegen stand; die Demokraten genau so wie die Konservativen. Im Interesse unseres wirtschaftlichen Fortbestehens, im Interesse des ganzen Volkes muß der neue Reichstag aber eine Mehrheit bekommen, die für die Durchführung der Gemeinwirtschaft eintritt. Von allen Parteien ist es nur die Sozialdemokratie, die für die rettende Gemeinwirtschaft kämpft, ihr müssen alle Arbeiter, Angestellte, Beamte, alle Nichtkapitalisten am 6. Juni ihre Stimme geben.

Geheimvertrag Hertig-Strasemann.

Der Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei Arnold Hertig dieser Tage eine Schrift gegen die Deutsch-nationalen erscheinen. Er slog dafür auf der Stelle aus seiner Partei hinaus. Das parteiisotische Organ, die Nationalliberale Korrespondenz hat die Sache so dargestellt, als ob allen Parteimitgliedern, die früher anderen Parteien angehörten, es verboten sei, diese anzugehen. Hertig habe das Verbot übertreten und sei deshalb entlassen worden. Die Nationalliberale Korrespondenz hat in diesem Fall gelogen, indem sie mehr behauptet als wahr ist. Wahr ist, daß ein solches Verbot besteht, existenz hat, daß es nach allen Seiten hin gilt. Die demokratischen Ueberläufer, Wiener, Magdon, Schupp, dürfen auf ihre frühere Partei schimpfen soviel sie wollen. Aber aber auch nur ein Wort gegen die Deutsch-nationalen sagt, der Hertig.

Herr Kriehel ist das Opfer eines Geheimvertrages geworden, der zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei besteht. Man hat sich gegenseitig verpflichtet, nicht gegen einander, sondern nur gegen die linksstehenden Reaktionsparteien zu kämpfen. Es ist ein beiderseitiger Abgang eingeleitet worden, der aus je zwei Abgeordneten beider Parteien und den beiderseitigen Geschäftsführern besteht, um die Ausführung dieses Abkommens zu überwachen. Der Ausschuss ist gehalten, sofort einzuschreiten, wenn irgendwo im Wahlkreis Verbrechen zwischen den beiden „Schmelzparteien“ zu entdecken drohen.

Dieser Geheimvertrag ist der bisherige Generalvertrag der Deutschen Volkspartei, Herr Kriehel, zum Opfer gefallen. Er war selber früher Deutschnationaler gewesen und hatte der Geschäftsleitung der Deutschnationalen Volkspartei angehört. Durch den Sieg der konservativ-antidemokratischen Richtung wurde er aus seiner Stellung hinausgedrängt und wandte sich nun der Deutschen Volkspartei zu, die er für eine „liberale Arbeiter- und Bürgerpartei“ ansah und von der auch er den Kampf gegen Reaktion und Rechtsultraismus führen zu können glaubte. Durch den Geheimvertrag wurde ihm aber auch hier ein Maulkorb vorgeschrieben. Man verbot ihm das Veröffentlichen, das er nicht gegen die Deutschnationalen veröffentlichen werde und drohte ihm mit der sofortigen Entlassung, wenn er dieses Verbot nicht abgab. Da er das Verbot nicht abgab, sondern im Gegenteil seine Briefe gegen die Deutschnationalen veröffentlichte, erfolgte sein sofortiger Distanzierung.

Geheimverträge haben in der auswärtigen Politik der Völker eine so über herkömmliche Maße gespielt, daß sie durch die Völkerbundsatze verboten worden sind. Das ist ein Merkmal des wilsonischen „Programms“, der im Friedensvertrag üblich sind. Es scheint, wir brauchen ein Wilson-Programm auch in der inneren Politik, brauchen einen Schutz gegen das Spiel, das die Reaktionsparteien auf Grund von Geheimverträgen mit dem deutschen Volke spielen.

Kragt man einen Deutschen Volksparteier in einer Wählerversammlung, was ihm von einem Deutschnationalen untersteht, so wird er prompt nach Ausweitung antworten, daß die Deutsche Volkspartei eine liberale Partei sei. Die Wähler sollen an diesem Liberalismus, der ein geheimes Bündnis mit der äußersten Reaktion abgeschlossen hat, glauben, und der Deutschen Volkspartei ihre Stimme geben, ohne zu ahnen, daß sie damit in der Wirklichkeit genau das Gegenteil tun, als ob sie dem Nationalen wählen würden. Immer, wenn man den Deutschen Volksparteiern die Sünden der Reaktionsparteien vorwirft, kann man sie mit einem gewissen Erfolg fragen hören, daß sie ja keine Deutschnationalen, sondern Deutsche Volksparteier seien. So betrügt die Deutsche Volkspartei ihre eigenen Anhänger.

Unsere Grundzüge hegen.

Die Durchsetzung des Sozialismus.

Seit einiger Zeit mehren sich in unabhängigen Vagen die Stimmen derrer, die sich in der Frage der Sozialisierung unter Preisgabe radikaler Redensarten wieder auf atomistische Lehren befinden. In der „Arbeit“ vom Sonntag lesen wir zu dieser Frage folgende Ausführungen:

In einem industriell so hochentwickelten Lande wie Deutschland, das in der Weltwirtschaft in hohem Grade an der Spitze steht, ist die Durchsetzung des Sozialismus an gewisse Bedingungen geknüpft, die einmündig durch den ökonomischen Zustand folgen. Wir können nicht mit einem Schlag die Wirtschaft in allen ihren Verzweigungen und Personifikationen sozialisieren, ohne außerordentliche Störungen in der Produktion und in den Absatzverhältnissen hervorzurufen. Die Abhängigkeit von Weltmarkt erfordert ein sorgfältiges Vorgehen bei der Sozialisierung, das dadurch namentlich die Handelsbeziehungen mit dem Ausland nicht in allen harten Missständen geangene werden. Denn wir sind für die Erhaltung des Lebens eines großen Teiles unserer Bevölkerung auf den Weg unentbehrlicher Rohstoffe angewiesen, und diese müssen wir mit Waren, die wir ausführen, bezahlen. Schon die Rücksicht auf den Export, aber auch die Schwierigkeiten,

Der Schmied.

Roman von Ludwig Angenruber.

(45. Fortsetzung.)
Auf dem ersten Blick bin hatte die Kleine mit dem Mann, den sie an der Hand hielt, nicht die geringste Ähnlichkeit. Der Grabobden-Bauer war groß und freitragend, er sah „kraus“ aus, wie die Dörner meinten, deren mancher den häßlichen, wühlenden Ritter gar verständig ansehnd und sich Argente, daß sie das so unverständlich tun konnte, da er seine erdigen machte, indem er ihr mit Gleichem erwiderte. Die beiden Schwestern des Mannes trugen einen Kopf, der für die Größe und Stärke der ganzen Gestalt fast etwas zu klein geraten erschien, aber nur der untere Teil des Gesichts, daß wie gebückt, mit dem kleinen, rundenhinteren Sinne und das hart aneinander gestellten Wesen, welche dem Fremden den Ausdruck von Gleichmütigkeit haben, wie man ihn an ganz kleinen Kindern findet, das über der lebhaften, zogenen Mund zeigte sich, was in Verbindung mit einem breiten, hellen, so klar und offen wie der Blick der großen, hellen Augen unter der weißen. Eine solche Ähnlichkeit entzündete sich bei dem Anden, und wenn der Winter in das Haus kommen wird, so die Sonne nicht mehr die Wangen beudeit, dann werden auch die des Vaters ihre Farbe verlieren.

„Wach!“ nach der Spracherklärung war der Bauer vom Hof auf der weißen Straße zum Vornommen gesprungen, er winkte Magdalena die abdien Stand, so sich „Geh“, Dirndl, magst mich beschützen. Die Augen brennen mir von der Hitze“ und dem Staub.“

Magdalena trat hinzu und zog mit dem rechten Arm — unter dem linken hielt sie ihr Mädel — die Brunnenschlange.

Der alte hielt die hohle Hand unter das Rohr, während sie kundend gegen die Augen und lächelte die Führer als er zurückkam, fragte ihn der Grabobden-Bauer, der sich jetzt auf die fremde Deme aufnahm geworden war: „Hast dich gleichheit gehacht?“

„Aufgenommen hab' ich die Dient.“

„Was d' jagst? Ein' Reue für dein' Hof?“

die einer sofortigen Sozialisierung in gesteigerten Industrieräumen mit überwiegendem Klein- und Mittelbetrieb entgegensteht, machend daher ein stufenweises Vorgehen bei der Sozialisierung notwendig. Sehr richtig und Wort für Wort zu unterschreiben. Wenn wir jedoch unterfragen, von wem diese Ansicht leitend vertreten wurde, so ist es leider nicht die U. S. P., sondern es war die Sozialdemokratie, die den Mut zur Unpopulartät hatte und es wagte, den heissen Westen des Vorges und ersten Tage der Revolution als die Unmöglichkeit einer sofortigen Sozialisierung auf allen Gebieten der Wirtschaft darzutun. Als Dank hierfür wurden sie von den Unabhängigen oder als Volksschlechte bestriftet, während sich auch in diesen Kreisen die marxistische Lehre von der Notwendigkeit der Reife der zu sozialisierenden Unternehmungen anscheinend durchzusetzen beginnt.

Wahlleistungen an Deutschland.

Die Beugsvereinigung der deutschen Randwirte hat sich mit Zustimmung der Reichsregierung mit einer holländischen Metallfirma den Betrag von 750 000 bis 1 000 000 Tonne Alais geschickt. Die Lieferung des Alais soll sich auf etwa zwei Jahre erstrecken. Der in den nächsten Wochen hereinzuende Alais wird an die Reichseisenwerke zur Verfertigung abgeführt werden, vom August ab soll der Alais zur Schweißarbeit verwendet werden.

Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 26. Mai. Das Reichsarbeitsministerium gibt in einer Dringung an die Regierungen der Länder bekannt, daß die Arbeitslosigkeit, die durch den gegenwärtigen Umsturz der wirtschaftlichen Konjunktur verursacht wird, als Kriegesfolge im Sinne des § 6 der Verfassung über die Erwerbslosenfürsorge anzusehen und in den betreffenden Fällen die Erwerbslosen-Unterstützung zu gewähren ist.

Verhandlungen im Berggewerbe.

Berlin, 27. Mai. Zwischen den Zentralverbänden des Berggewerbes fanden gestern im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt, auf Grund derer die Reichsarbeitsminister den Parteien z. a. versprochen, daß die Verhandlungen über einen einheitlichen Bergarbeitervertrag spätestens am 15. Juni auf Einladung des Arbeitsministeriums vor dem gleichen Kollegium von den Parteien wie die letzten Schlichtungs-Verhandlungen beginnen.

Immer noch Schleswig.

Paris, 26. Mai. (Havas.) Die Volkshochschule hat die Beratung des Vertrages zwischen Deutschland und Dänemark wegen Schleswig beendet und wird die Vorlage beiden Mächten amtlich mitteilen. Die Verwendung und Verteilung des Erlöses dieses als wichtiger kriegsgerät wird nach Wiederprüfung mit dem Wiederanmachungs-Ausschuss endgültig geregelt werden.

Zukunft der Fremdenlegion.

London, 26. Mai. Trotz wiederholter Warnung nach Mahnung nehmen die Verhandlungen zur Fremdenlegion nicht ab, sondern zu. Nach den hier vorliegenden Meldungen haben sich allein in den Monaten März und April 1900 Mann in die Fremdenlegion gemeldet.

Berichtsprüfungsergebnisse.

Brüssel, 26. Mai. Nach dem „Etoile belge“ seien die belgischen Weibchen eine Verbesserung von Weizen aus Ägypten zur Erzeugung des kühnen Herbstweizens und der Hefenbrüme entdeckt haben. Deshalb lasse der belgische Oberminister alle Vahrgänge nach Ägypten gründlich prüfen.

Der Friedensvertrag mit Österreich ratifiziert.

Paris, 26. Mai. (Havas.) Die Kammer hat die Ratifikation des Friedensvertrages von St. Germain durch Senatsbeschluss angenommen.

„Bistest für dein“, sagte der Alte mit einem bedeutenden Blick nach dem Entleiben.
Der Grabobden-Bauer justete die Aeheln, sah dann schäfer hinter nach dem Weibchen, das beim Brunnen stehen geblieben war, und murmelte: „Wird sich ja erproben.“
Bürgerlich ließ die Hand des Vaters fahren und ließ über den Hof zu Magdalena, welche zu abgern schien, ihr Bündel auf die Erde oder auf den Brunnenstrang zu legen, „Bräutigam“ ist in Staub noch in die Klasse zu legen“, sagte die Kleine, „geh her, ich halt' dich.“
„Dank“ schäm,“ lächelte Magdalena, freilich die Armele bis über den Ellbogen zurück und griff nach der Brunnenschlange.
Bürgerlich sagte sie am Mome. „Halt' du deine Hände unter“ Schützen wird“ sich die Hände an ihrer Schärze, welche einen Fuß auf der Brunnenschlange, nahm das Bündel auf das Knie und freilich den Armele über den linken Arm wieder zurück. Bürgerlich sagte nach dem noch entleiben rücken. „Was u für schone Arm“ halt“, sagte sie, „so rund und weich und so sauber heimfärbten, nie so braun oder so freidig wie.“ Sie justete an der eigenen Armeletraufe.
„Und mit ein' klein' Rundenstrang drauf von dir,“ lächelte Magdalena, auf die getreitelte Stelle weisend.
„Rattich“, sagte Bürgerlich, „wird dich mit der schone beug“ dem blauen Fleck.“ Sie drückte ihre Lippen darauf. „Hineinbeihen möcht' ich da.“
„Ja, du nüt! Sei so gut!“ rief Magdalena, den Arm zurückziehend.

Ein Wagnis der georgischen Genossen.

Zu den Reichstagswahlen ging dem „Bordavis“ aus den Kreisen der georgischen Sozialdemokratie nachfolgendes Schreiben zu:

Das georgische Volk feiert heute, am 26. Mai, das fünfzigste Jahrestag der Staatlichen Unabhängigkeit. In dem Mut der Kamenischen, das auf dem historischen Boden der georgischen Erde in Strömen geflossen ist, ist heute vor zwei Jahren, am 26. Mai 1918, die junge georgische Freiheit emporsprossen, eine junge Freiheit, von der Sonne des Südens durchglüht, umhüllt von dem herrlichsten Traum eines Volkes, von dem Herbit seiner Existenz heiß überströmt.

Was den lebenden Wölfen des ehemaligen Zarreiches trotz unglücklicher Anläufe und heillosen Kämpfe bisher verweigert geblieben ist: Durchsetzung ihres Selbstbestimmungsrechts, Freiheit und Brot — wenn auch trocken und farg freies — für alle, ohne Gewaltanwendung von rechts oder links: in Georgien ist es unter dem Regime der Sozialdemokratischen Partei in diesen zwei Jahren lebendige Wirklichkeit geworden. Wenn irgendwo, so herrscht in Georgien die Diktatur des Proletariats — wie sie Marx und Engels sich gedacht: eine Diktatur der Mehrheit des Volkes im Interesse des gesamten Volkes. Diese Diktatur braudt und leunt keine außerordentlichen Kommissionen, keinen Straf, kein Biel. Omett steht die georgische Arbeiterklasse, und diesem Umstände ist es zu verdanken, daß wir unter den 180 Mitgliedern unserer konstituierenden Versammlung 100 Sozialdemokraten zählen.

Das kleine georgische Volk, das bloß drei Millionen Seeler zählt, hat sich, georgische Proletariat, an seinem Festtag zu: Brüder, der gefährliche Feind steht weder rechts noch links, sondern er steht in Euren eigenen Reihen, und sein Name ist — Uneinigkeit. Einer georgischen Arbeiterklasse kann keine Macht der Erde trotzen. Heute, an unserem Festtage, gedenken wir dankbaren Herzens der unerlöschlichen Quelle des Wissens und der Erfahrung, die Eure Kämpfe uns erschlossen, und erleben freudigen Herzens, daß Ihr, unsere alten Lehrmeister, in Euren Wahlkämpfen den Feind überwindet, der allein uns allen immer und überall unermeßliche Gefahren heraufbeschwört: der Bruderzwist. Eine Niederlage der georgischen Arbeiterklasse würde uns alle treffen, ihr Sieg würde uns allen neuen Mut entlocken.

Die georgischen Proletariat stehen an Euch in brüderlicher Treue und ermahnen Euch in letzten Stunde: Unterier alle! Einig! Ist es die Einheit, die wach macht, einigt Euch, so seid Ihr auch treu den Proletariaten der anderen Länder.

Nieder mit dem Bruderzwist!

Glied auf zur Wohlfahrt!

Schloß die internationale Solidarität des Proletariats!

Die Zahl der Rechtssozialisten muß steigen!

Mit dieser Ansicht unserer Leipziger Parteisetzung sind wir vollständig einverstanden, die als Beweis die „Leipziger Volkszeitung“ anführt. Diese schreibt: Die Rechtssozialisten aber, die doch noch eine Arbeiterpartei sein wollen und unter deren Anhängern so manche sind, die in die Fänge der außerordentlichen Kriegesgerichte gefallen sind oder noch fallen könnten, hätten wirklich allen Anlaß, ihre Stellung in der Koalitionsregierung bis zum äußersten anzuzweifeln, alles auszubieten, um dem Standal ein Ende zu machen.

„Sie wird uns denn?“ Sie kommt Saul unter die Prampfer? Die dringende Mahnung der unabhängigen U. S. P. an die Rechtssozialisten, ihre Stellung in der Regierung bis zum äußersten anzuzweifeln, ist aber ganz überflüssig, fünfmalen die Rechtssozialisten dies auch ohne den ausdrücklichen Wunsch der U. S. P. bisher schon getan haben, wobei sie allerdings bis heute von der U. S. P. nur mit Not bezwungen wurden. Aber die U. S. P. hat recht: Je mehr Rechtssozialisten in der Regierung, desto besser. Wähler, merkt euch dieses unabhängige Jungendbündnis für den 6. Juni!

In Bayern Einheitsfront des Bürgerturns!

In Bayern haben sich sämtliche bürgerliche Parteien für die kommenden Wahlen zu einem Einheitsblock gegen

Bürger sagte lachend die kleinen, scharfen, weißen Zähne, dann ließ sie zu Vater und Großvater zurück. „Wie heißt denn die, Ein?“ fragte sie.
„Gehi's.“
„Und kommt auf dein' Hof?“
„Freilich, aber denn du mich schon bistest, so laß ich die die als Kameradin.“
„Wilt'n' ich nimal.“
„Du Vorsoff, du! Na, brauchst halt mit 'n Bitten, ist' dir recht, so soll sie bei euch bleiben.“
„Si gilt schon, Ein.“ Das Madchen sagte ihm mit ihren kurzen Armen um den Hals, dann rief sie: „Ge, Gehi, komm einmal her, sag' dir was Reu's.“ Damit ließ sie für den halben Berg entgegen, ergreif sie an der Hand und jagte „Wilt, du bistest bei uns und sollst mit 'n Kameradin sein.“
Der Bauer vom Hof auf der weiten Stadt' hinten lächeln den vom Grabobden an, der die großen Augen größter machte und fest, als Magdalena grüßend herantrat, freudlich lächelte.
„Wilt' schon ein' recht brave Kameradin sein,“ sagte diese und meinte es recht gut zu machen, daß sie dabei die Aehle ein wenig vorzog und den Kopf beugte, während sie zu dem kleinen sprach.
Bürgerlich aber sagte vertrieht: „Ja, aber wenn d' das sein willst, so halt' dich dabei fest grab, muß mich nicht noch kleiner machen, als ich' bin, und —“ setzte sie lachend hin — „so groß bist du auch noch lang' nit, wie ich klein bin.“
Sie hing sich in den Arm Magdalena's und führte sie in den Garten. Da dieser nun bis auf das letzte Fleckchen abgegangen wurde, Baum für Baum und Strauch für Strauch, dann Beet für Beet, wie sie der Reiche nach mit Gemüße, Maß, Ärgers- und Jerschfanden fanden, und zuguterlet noch der kleine, eigens für Bürgerlich abgegrenzte Raum, so vertrieb darüber Zeit und Weile. Während dieser Wanderung ließ Magdalena an ihrer kleinen Begleiterin eine eigene Unruhe der Gliedmaßen auf, ein Ruden der Hände und Füße, und das Kind tat manchen schönen Blick nach ihr, ob sie es deshalb bedachte.

Die Sozialdemokratie aufnahmefähig. Dieser ...

Umgehung des Reichswehrministeriums.

Am 1. Juni tritt nach einer Motion des ...

Dem Reichswehrminister unmittelbar unterstellt ...

Der dem Reichswehrminister auf Wunsch der ...

Oberleitung immer noch unruhig.

Wien, 26. Mai. Den Wittern zufolge dauern ...

Mutige Artsgesellen.

Aus Anlaß des fünften Jahrestages des Eintritts ...

Aus Anlaß des fünften Jahrestages des Eintritts ...

Mailand, 26. Mai. 'Corriere della Sera' meldet ...

Die wahre Menschlichkeit unserer früheren Feinde.

Ein photographiertes Hinrichtungsschauspiel.

In der Morgenszeit des 15. Mai sind auf dem ...

Wortvernehmung und den Prozessverhandlungen ...

Notizen.

Am Stimmes willen nicht. Die Nationalliberale ...

Zweiterlei Maß. Die katholische Schrift gegen die ...

Die unorthodoxen Aufrechten. Die treffliche Schrift ...

Wirtschaftliches.

Wien, 26. Mai. Die Steigerung des ...

Gemeinschaftliches.

An die Ortsämter des Allgemeinen Deutschen ...

An die Ortsämter des Allgemeinen Deutschen ...

Die Raben zu den Betriebs-, Arbeiter- und ...

Die größten Aufgaben können die Betriebsräte ...

Die Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte ...

Die Gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte ...

Mitte Juni wird die nach Beschluß des Ausschusses ...

naturgemäßen Entwicklungsgang führen. Wer ...

Nähere Anweisungen über die Durchführung ...

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ...

100 000 Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Das unzulässige Einkommen des Postboten.

Bei den Stadtbrotbesitzern in Hammelstein, einem ...

Barteinrichtungen.

Bei den Stadtbrotbesitzern in Hammelstein, einem ...

Kleines Sembleton.

Georg Jarno f. Der bekannte Violoncellist Georg ...

Briefkasten der Redaktion.

Gen. J. S. Dierdorfer Straße 6. Wenn Sie einmal ...

Wenn ihm die bei den redaktionellen Zeitungen ...

Bekanntmachung.

Die Gemeindefreien der nachstehend aufgeführten ...

In der Woche vom 1. bis 5. Juni 1920: ...



Partei-Angelegenheiten.

Wahlleitung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle, gegründet am 19. April 1920, D. u. N. S. -tag, den 27. Mai, abends 8 Uhr im „Augustinerbräu“...

Ausführung 16. D. u. N. S. -tag, den 27. Mai, abends 8 Uhr im „Augustinerbräu“, D. u. N. S. -tag, den 27. Mai, abends 8 Uhr im „Augustinerbräu“...

Verein Arbeiterjugend. Morgen, Freitag, 7. Uhr, ist ein Diskussionsabend über „Staatsbürgerkunde und die kommenden Reichstagswahlen“...

Freier Sängerkor. Freitag, abends 8 Uhr, Singebunde. Vollständiges Erscheinen der Sangesbrüder ist notwendig...

Aus dem Stadtrats.

Die Steuerpolitik der Unabhängigen im Stadtparlament.

Unsere hiesigen Unabhängigen sind in Rot. Hat da jemand heraus gefunden, daß in Halle trotz der unbefriedigten Wahlstellung der U. S. K. im Stadtparlament die ausübenden indirekten Steuern herabzusenken...

Es sind die hiesige Fraktion im Stadtparlament und die hiesigen Parteien alle, die sich für die Erhaltung der direkten Steuern gekümmert haben...

Ein Kommunalüberwachungsbeirat.

Dem Reichstag ist der Entwurf des Gesetzes über die Kommunalüberwachung der Wirtschaftlichen Angelegenheiten...

lichtung und Fortführung von gleichartigen privatwirtschaftlichen Unternehmen unterlag werden. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen auch für Vereinigungen...

Prinzipiell soll nur gegen Entschädigung kommunalisiert werden. Nicht vorzuleihen ist eine Entschädigung dann, wenn Unternehmen zu Zwangsverbänden zusammengeschlossen...

Nach Artikel 153 der Verfassung ist bei Enteignungen „angemessene Entschädigung“ zu leisten. Eine andere Formulierung hat sich bei der Begründung der Unternehmung nicht finden lassen...

Antwortschriftlicher Verein für Samen und Züchtungen.

In der letzten Sitzung sprach Herr Prof. Dr. Lang über die Entschädigung von Braunkohle und Kaolin (Porzellanerde). Der mit der chemischen und physikalischen Geologie weniger Vertraute mag annehmen, daß das Thema...

Von den Braunkohlen wird heute angenommen, daß weit aus der größte Teil an der Stelle ihres Vorkommens abgebaut und nur ein geringe Restland verlagert ist...

Es kann ersehnt werden, daß die verfahrensmäßigen Aufstellungen von der Entschädigung des Kaolins in der geologischen Hinsicht herabgezogen behaupten sind die Fortschritte von Prof. Dr. W. H. H. der beweist, daß die Kaolinbildung...

Die Frage, ob in den Tropen in weiter Verbreitung mächtige Humusablagerungen vorhanden sind, ist kurz vor dem Abgange von mehreren Forschern behauptet worden...

Kriegsbeschädigte und Waise.

Kriegsbeschädigte, die infolge eines körperlichen Leides oder Verfalls in ihrer Gewerkschaftlichkeit behindert sind, wie insbesondere Gelähmte und Stühle, können, wenn sie in der Waisehilfe oder Waisenrente eingetragen sind...

Stausenfallen und Weirte.

Von der Kantonsregierung der Kantonsregierung wird uns mitgeteilt, daß bei unserer Anwesenheit die bei der Bauverwaltung...

aufsehen sind, wird von maßgebender Stelle festgestellt werden. Die hierzu sind bereits unternommen. Das aus die Verhältnisse in der Stadt Halle in ihrem Interesse tren zur Seite stehen werden, daß wir hier.

Nachmal: Schließung der Kinos.

Uns wird geschrieben: Die Kinobesitzer der Stadt Halle beschließen sich, ihre Kinos wieder mit der Frage, ob die Möglichkeit der Betriebs in der vorliegenden Verhältnisse eine außerordentlich hohe Gefahr enthält, nämlich von einer Schließung der Kinos...

Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß sie dem ihnen von Herrn Stadtrat Harnisch unterbreiteten Beschlüsse, die Kinos wieder zu schließen und die Kinos wieder zu öffnen, unter allen Umständen nicht eintriften haben, wenn es irgendwie möglich gewesen wäre...

Nachzahlung in Halle am 1. Juni.

Nach der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 1. Juni 1920 (R. W. M. 1920, 19) und auf Grund des § 2 der Bekanntmachung vom 20. Januar 1917 (R. W. M. 1917, 2)...

Es wird erwartet, daß die Reichsämter ihre Maßnahmen erfüllen werden. Wer nachlässig eine Anzeige nicht erstattet oder wissenschaftlich unzulänglich angeordnet, kann nicht als einwandfrei angesehen werden...

Warum die Springe so „billig“ sind.

Der „Berliner Reichsanwalt“ bringt folgende Mitteilung: Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Selbsterhaltungsgemeinschaften...

Die Arbeitsgemeinschaft der Selbsterhaltungsgemeinschaften hat folgende Beschlüsse gefasst: Der Reichsanwalt...

Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft der Selbsterhaltungsgemeinschaften sind folgende: Der Reichsanwalt...

Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft der Selbsterhaltungsgemeinschaften sind folgende: Der Reichsanwalt...

Die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft der Selbsterhaltungsgemeinschaften sind folgende: Der Reichsanwalt...

Bekanntmachung.

Am 1. Juni 1920 ab werden folgende Markennamenbeschlüsse erlassen: 1. Die 11. Ausgabestelle...



